

## 2. Lage in Asien:

Hu wies darauf hin, daß "in Asien immer noch viele destabilisierende Faktoren existieren, Faktoren, die Frieden und Stabilität unterminieren." Zu diesen Faktoren zählen das Taiwan-Problem, das "Problem der friedlichen Wiedervereinigung Koreas", das Problem der territorialen Integrität Japans (Südkurilen-Frage), das Kambodscha-Problem und das Afghanistan-Problem. Zum Kambodscha-Problem meinte Hu: "Unsere Politik ist vollständig klar, das heißt, wir hoffen das Vietnam seine Truppen aus Kambodscha vollständig abziehen wird. Nach Abzug der vietnamesischen Truppen sollte Kambodscha ein friedliches, neutrales und blockfreies Land werden, und eine demokratische Koalitionsregierung mit Sihanouk als Führer wird eingesetzt werden. Wir haben kein Eigeninteresse in Kambodscha. Nach totalem Abzug der vietnamesischen Truppen können wir unsere Beziehungen mit Vietnam vollständig normalisieren. Wir wollen keinen Fußbreit vietnamesischen Territoriums, und wir haben nicht die Absicht, ihnen dann (weiterhin) feindlich gegenüber zu stehen."

Hinsichtlich der ASEAN-Länder gestand Hu zu, daß "einige Führer der ASEAN-Länder uns gegenüber skeptisch sind und befürchten, daß wir sie herablassend behandeln. Sie sollten sich nicht vor China fürchten. Seit mehreren Jahrzehnten haben wir nicht daran gedacht, sie einzuschüchtern."

Im Falle Koreas stellte sich Hu eindeutig hinter den "Vorschlag, der von Präsident Kim Ilsong zur Errichtung einer demokratischen konföderativen Republik Koryo" gemacht worden ist.

## 3. Sowjetisch-chinesische Beziehungen:

Hu meinte, daß die Beziehungen zur Sowjetunion zur Zeit keineswegs als "normalisiert" bezeichnet werden können. "Aber die Beziehungen werden letztendlich normalisiert werden, und wenn das jetzt nicht erreicht werden kann, wird es irgendwann geschehen." Hinsichtlich vorhandener Besorgnis über die Auswirkungen einer Normalisierung zwischen beiden Ländern im Westen meinte Hu, daß hierzu kein Anlaß bestehe; denn "wir können nicht die Beziehungen mit einem Land normalisieren und gleichzeitig die Beziehungen zu einem anderen Land abnorm machen."

## 4. Verhältnis China-USA:

Insgesamt beurteilte Hu das Verhältnis zwischen China und den

USA seit 1972 als "keineswegs schlecht". Es müsse jedoch der "ziemlich feste Knoten" Taiwan aufgeklopft werden. China habe in dieser Hinsicht "jedes Jahr Signale gegeben", aber "einige amerikanische Führer hören schlecht". Man werde in der Taiwan-Frage keinen Kompromiß eingehen; denn "das neue China ist kein Kind mehr. Es ist bereits dreißig bis vierzig Jahre alt. Es gibt ein Sprichwort in China, daß man seine eigene Position einnehmen solle, wenn man dreißig Jahre alt ist." Ein zweiter Aspekt, der die chinesische Regierung beunruhigt, ist die Tendenz zum wirtschaftlichen Protektionismus gegenüber chinesischen Exporten.

## 5. Hongkong:

Hier wiederholte Hu den altbekannten Standpunkt Chinas, wonach die Volksrepublik am 30. Juni 1997 ihre Souveränität über Hongkong "wiederherstellen" werde. Er erwähnte zugleich, daß man ein vollständiges politisches Maßnahmenbündel zur Erhaltung der wirtschaftlichen Prosperität Hongkongs aufgestellt habe. Darüber hinaus "haben wir mit dem Aufbau der Wirtschaftszone Shenzhen einen Musterfall geschaffen".

## 6. Taiwan-Problem:

Hier bezog sich Hu auf die Aussagen Deng Xiaopings gegenüber einer Delegation US-amerikanischer Chinesen. "Die Aussagen wurden vom Genossen Xiaoping gemacht, aber in den Grundzügen stimmten wir alle, die wir die zentrale Autorität ausmachen, überein. Das war unser einstimmiger Standpunkt." Darüber hinaus sprach Hu zusätzlich die Frage der Sicherheit ausländischer Investitionen in Taiwan an. Man habe Taiwan auch für die Zeit nach der Vereinigung ein Weiterführen der außenwirtschaftlichen Beziehungen jetziger Art zugestanden, und deshalb "werden die ausländischen Investitionen in keinem Fall berührt sein".

Hinsichtlich des möglichen Zeitpunktes einer Vereinigung fügte Hu schließlich an: "Ich weiß das nicht genau. Wenn es nicht in den achtziger Jahren geschieht, wird es in den neunziger Jahren geschehen. Aber je früher es geschieht, desto vorteilhafter wird es für Taiwan sein."

Drei weitere Interview-Abschnitte beschäftigten sich mit der innerpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas.

-ma-

## (5) Wirtschaftshilfeleistung Chinas?

Während des 1. Halbjahres 1983 hat die Volksrepublik China insgesamt 18 neue Wirtschaftshilfevereinbarungen unterzeichnet, 11 davon für technische Zusammenarbeit, Landwirtschaftsprojekte, Leicht- und Textilindustrieprojekte. Im gleichen Zeitraum seien 19 Projekte fertiggestellt worden, für die die Vereinbarungen seit 1980 getroffen worden waren. Insgesamt hat die Volksrepublik seit Anfang 1980 402 Wirtschaftshilfevereinbarungen unterzeichnet. In diesem Zeitraum sind 13 neue Empfängerländer hinzugekommen, so daß sich die Gesamtzahl der Empfängerländer auf 64 erhöht hat.

Nach Fertigstellung einer großen Zahl dieser Projekte ist es im Anschluß zu technischen Zusammenarbeitsprogrammen zwischen China und den jeweiligen Empfängerländern gekommen. Insgesamt hat es seit Anfang 1980 103 solcher Zusammenarbeitsprojekte gegeben, wobei der Schwerpunkt in der Bautätigkeit von 42 chinesischen Gesellschaften liegt, die für Auslandsaufträge zugelassen sind. Insgesamt belief sich das Vertragsvolumen für Bau- und Arbeitsleistungen chinesischer Firmen im Ausland seit Anfang 1979 auf 1,84 Mrd. US\$, davon allein 460 Mio. US\$ im 1. Halbjahr 1983. (XNA, 8.10.1983)

-ma-

## INNENPOLITIK

## (6)

### 2. Plenartagung des XII. ZK der KPCh: Säuberung der Partei und Kampf gegen "geistige Verschmutzung"

Das XII. Zentralkomitee der KP Chinas trat vom 11. bis 12. Oktober 1983 zu seiner 2. Plenartagung zusammen. An dieser Plenartagung nahmen 201 Mitglieder und 136 Kandidaten des Zentralkomitees teil. 150 Mitglieder der Zentralen Beraterkommission, 124 Mitglieder der Zentralen Disziplinarkontrollkommission und 11 Führungskader aus der Parteizentrale und den lokalen Parteikomitees waren mit beratender Stimme zugegen. Zuvor waren die ZK-Mitglieder zu einer Arbeitstagung zusammengelassen, auf der wie üblich die Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen wurden, um auf der folgenden offiziellen ZK-Tagung ein Bild der Geschlossenheit der Partei darzubieten.

Haupttagsordnungspunkt der ZK-

Sitzung war die Verabschiedung des "Beschlusses des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Ausrichtung der Partei" (Text in: RMRB, 13.10.83; eine deutsche Übersetzung veröffentlichte Beijing Rundschau in ihrer Ausgabe vom 18.10.83). Damit beginnt die auf dem XII.Parteitag angekündigte Säuberung der KP Chinas von politischen Abweichlern aller Schattierungen (siehe C.a., Februar 1983, S.92). Die Tatsache, daß der Zeitplan für die Ausrichtungsbewegung bisher eingehalten wurde, ist ein Indiz für die Stabilität der gegenwärtigen Führung unter Deng Xiaoping. Für die Säuberung der Partei wurde eine 27köpfige "Kommission des ZK der KPCh zur Leitung der Ausrichtung der Partei" gewählt. Ihr Vorsitzender ist ZK-Generalsekretär Hu Yaobang, seine Stellvertreter sind Wan Li, Yu Qiuli, Bo Yibo, Hu Qili und Wang Heshou (RMRB, 13.10.83).

Darüber hinaus standen zwei Reden von Deng Xiaoping und Chen Yun auf der Tagesordnung der 2.Plenartagung des XII.ZK, die bisher nicht veröffentlicht wurden. Deng Xiaoping kritisierte in seiner Rede eine sogenannte "geistige Verschmutzung an der ideologischen Front" und erklärte zum ersten Mal seit dem Tode Mao Zedongs im September 1976 die Bekämpfung "rechter Tendenzen" für wichtiger als den Kampf gegen die "Linken", d.h. Maoisten: "Gegenwärtig müssen an der ideologischen Front vorrangig und schwerpunktmäßig rechte und aufweichende Tendenzen berichtigt werden." (nach: Wang Zhen, in: RMRB, 25.10.83) Offenbar auf Veranlassung von Deng Xiaoping beschlossen die Teilnehmer der ZK-Tagung, noch im Winter dieses Jahres oder Anfang 1984 eine weitere Tagung des Zentralkomitees einzuberufen, die sich speziell mit der Frage der "geistigen Verschmutzung" beschäftigen soll.

Schließlich beschlossen die Teilnehmer der 2.Plenartagung des XII.ZK, die beiden ZK-Kandidaten Yang Taifang und Lang Dazhong als Vollmitglieder ins ZK nachrücken zu lassen. Sie nehmen die Plätze der verstorbenen ZK-Vollmitglieder Liao Chengzhi und Yang Yong ein. Zusätzlich in die Zentrale Beraterkommission wurden - auf Beschluß des ZK - Wei Wenbo, Kui Bi, Zhang Su, Du Xingyuan und Jia Tingsan aufgenommen. -sch-

## (7)

### 2. Plenartagung der

#### Zentralen Beraterkommission

Die Zentrale Beraterkommission

der KP Chinas trat vom 15. bis 16. Oktober 1983 in Beijing zu ihrer 2.Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 153 Mitglieder des Beratergremiums teil. Die Teilnehmer brachten ihre Unterstützung für die Beschlüsse der 2.Plenartagung des XII.ZK zum Ausdruck, diskutierten die Rolle der Beraterkommission bei der angelaufenen "Ausrichtung" der Partei und verabschiedeten einen Bericht über die Arbeit der Zentralen Beraterkommission für das Zentralkomitee der KPCh (RMRB, 17.10.83; siehe auch RMRB, 20.10.83).

-sch-

## (8)

### 3. Plenartagung der Zentralen Disziplin- kontrollkommission

Die Zentrale Disziplinkontrollkommission (ZDKK) der Kommunistischen Partei Chinas kam vom 17. bis 25. Oktober 1983 in Beijing zu ihrer 3.Plenartagung zusammen. Neben 123 Mitgliedern der Kommission nahmen 52 Sekretäre der DKK auf Provinzebene und ZDKK-Führungskader an der Tagung teil. Zentrale Themen der Tagung waren der "Beschluß des ZK der KPCh über die Ausrichtung der Partei" und die beiden Reden von Chen Yun und Deng Xiaoping auf der 2.Plenartagung des XII.Zentralkomitees der KP Chinas. Die Teilnehmer beschäftigten sich vor allem mit Fragen der Kontrolle der Parteidisziplin im Zusammenhang mit der Säuberung der Partei von "linken" und "rechten" Elementen. In diesem Zusammenhang verabschiedeten die Saubermänner der Partei im Prinzip den Entwurf von "Einigen Bestimmungen über die Verbesserung der Parteidisziplin", der nach einigen weiteren Abänderungen durch den Ständigen ZDKK-Ausschuß dem Zentralkomitee zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Darüber hinaus befaßte sich die Tagung mit der Beseitigung der sogenannten "geistigen Verschmutzung" und wählte eine nicht genannte Anzahl von Mitgliedern in den Ständigen ZDKK-Ausschuß (RMRB, 27.10.83).

-sch-

## (9)

### X. Nationaler Gewerkschaftskongreß

Der X.Nationale Gewerkschaftskongreß fand vom 18. bis 29. Oktober 1983 in Beijing statt. Auf dem Kongreß waren 1.998 ordentliche Delegierte und 328 geladene Teilnehmer vertreten. Die 1999 ordentlichen Delegierten (dem Gewerkschaftsfunktionär Fan Deling aus der Provinz Hebei wurde kurz vor dem Kongreß wegen "linker" Fehler während der Kulturrevolu-

tion der Abgeordnetenstatus aberkannt) stammten aus 31 Wahl-"Einheiten": 29 Gewerkschaftsverbände auf Provinzebene (inkl. Taiwan), Nationale Gewerkschaft der Eisenbahner und Nationale Gewerkschaft Zivilluftfahrt. Mit 1.014 Kongreßdelegierten stellten die Gewerkschaftsfunktionäre etwas mehr als die Hälfte aller ordentlichen Delegierten. 236 Gewerkschaftsaktivisten machten noch einmal rund 12% aus, während 394 Modellarbeiter 20% und 301 vornehmlich Intellektuelle 15% aller ordentlichen Delegierten stellten (RMRB, 13., 19. u. 30.10.83).

Auf der Tagesordnung des X.Nationalen Gewerkschaftskongresses standen u.a.

- eine Rede des Staatspräsidenten Li Xiannian "im Namen des ZK der Partei und des Staatsrats" (Text in: RMRB, 19.10.83),
- der Bericht des Vorsitzenden des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas (NGVC), Ni Zhifu, über die Tätigkeit des NGVC seit dem IX. Nationalen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1978 (Text in: RMRB, 27.10.83),
- die Verabschiedung einer neuen Satzung der chinesischen Gewerkschaften (Text in: RMRB, 24.10.83) und
- die Wahl einer neuen Führung des NGVC (RMRB, 28. u. 30.10.83).

Nach dem neuen "Statut der chinesischen Gewerkschaften" sind die chinesischen Gewerkschaften "Massenorganisationen der chinesischen Arbeiterklasse, die von Arbeitern und Angestellten auf freiwilliger Basis gebildet werden und die unter der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas stehen" (Allgemeine Prinzipien). Der Charakter der chinesischen Gewerkschaften als typisch leninistischer Transmissionsriemen der Kommunistischen Partei wird daran deutlich, daß die Gewerkschaften "im Einklang mit dem Programm und der Linie der Kommunistischen Partei Chinas handeln und den Kurs und die politischen Richtlinien der Partei in die Tat umsetzen" müssen. Nur unter dieser Voraussetzung dürfen die Gewerkschaften "unabhängig und in eigener Verantwortung" tätig sein, damit sie die ihnen zugewiesene "Funktion als Band zwischen der Partei und den Massen der Arbeiter und Angestellten" auch wirklich ausüben. Darüber hinaus sollen die Gewerkschaften die Funktion eines "wichtigen sozialen Stützpfieilers für die demokratische Diktatur des Volkes" ausfüllen, indem sie gegen alle antisozialistischen Tendenzen kämpfen.

Schließlich müssen die Gewerkschaften als "Schulen des Kommunismus" für die Arbeiterklasse fungieren (ebenda).

Ihre Arbeit sollen die chinesischen Gewerkschaften vor allem in den Dienst der "Vier Modernisierungen", d.h. des Wirtschaftsaufbaus stellen. Unter dieser Voraussetzung haben die Gewerkschaften folgende Hauptaufgaben wahrzunehmen:

- Vertretung und Verteidigung der "legitimen" Rechte und Interessen der Arbeiter und Angestellten,
- Verstärkung der ideologisch-politischen Erziehung der Arbeiterschaft und
- Verstärkung der kulturellen und technischen Ausbildung der Arbeiter und Angestellten (ebenda).

Vor allem folgende drei Aufgaben der Gewerkschaften wurden sowohl in den Reden von Ni Zhifu und Li Xiannian als auch in den begleitenden Leitartikeln der chinesischen Presse betont:

1. Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität;
2. Kampf gegen die "geistige Verschmutzung" durch bürgerliches und anderes "nichtproletarisches" Gedankengut;
3. Erhöhung des technischen und kulturellen Bildungsstands der Arbeiterschaft.

Der X.Nationale Gewerkschaftskongreß wählte am 27.Oktober das X.Exekutivkomitee des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas. Es umfaßt 241 Mitglieder und 83 Kandidaten. Unter den 324 Mitgliedern und Kandidaten des NGVC-Exekutivkomitees machen die 204 Gewerkschaftsfunktionäre allein 63% aus. 64 Modellarbeiter stehen für 20%, während die 36 Vertreter aus den Gebieten Wissenschaft, Kultur, Erziehung, Gesundheitswesen und Sport 11% ausmachen (RMRB, 28.10.83). Knapp 75% der Mitglieder und Kandidaten des X.NGVC-Exekutivkomitees sind Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas - im IX.Exekutivkomitee waren es noch 98% (XNA, 28.10.83).

Zum Vorsitzenden des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas wählte das NGVC-Exekutivkomitee am 28.Oktober den bisherigen Gewerkschaftsvorsitzenden Ni Zhifu, der diesen Posten seit 1978 innehat. Ni Zhifu zählt zu den wenigen Karrieristen der Kulturrevolution, die bis heute politisch überlebt haben. Ni gehört seit 1969 dem Zentralkomitee an, war von 1973 bis 1977 Kandidat des

Politbüros und ist seit 1977 Mitglied des Politbüros, d.h. des obersten politischen Entscheidungsgremiums der Kommunistischen Partei Chinas. Im Frühjahr 1983 war Ni Zhifu über drei Monate lang nicht öffentlich aufgetreten. Vor allem seine Nichtteilnahme an den Veranstaltungen zum 1.Mai nährten Vermutungen, daß Ni im Vorfeld des Gewerkschaftskongresses politisch entmachtet worden sei (siehe C.a., Mai 1983, Ü 10). Dies ist offensichtlich nicht geschehen, denn Ni Zhifu wurde nicht nur als NGVC-Vorsitzender in seinem Amt bestätigt, sondern zusätzlich noch zum 1.Sekretär des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas gewählt. Im 34köpfigen NGVC-Präsidium stehen Ni Zhifu sieben Stellvertreter zur Seite, darunter ein ZK-Mitglied und zwei ZK-Kandidaten. Im NGVC-Sekretariat stehen Ni Zhifu zehn Sekretäre zur Seite, darunter die gleichen ZK-Mitglieder und ZK-Kandidaten wie im Präsidium (RMRB, 30.10.83).

Die politische Führung maß dem X.Nationalen Gewerkschaftskongreß offensichtlich eine große Bedeutung zu, denn von wenigen Ausnahmen abgesehen nahm die gesamte politische Führung der Volksrepublik China an der Eröffnungsfeier des Gewerkschaftskongresses teil. Darüber hinaus traf die politische Führungsspitze noch einmal unmittelbar im Anschluß an die Abschlußsitzung des Kongresses mit den Gewerkschaftsdelegierten zusammen (RMRB, 19. u. 30.10.83).

Gegenwärtig gibt es in der Volksrepublik China 433.600 Gewerkschaftsorganisationen auf der untersten Ebene. Zusammen mit den lokalen und industriellen Dachgewerkschaften verfügen sie über insgesamt 5.479.000 Gewerkschaftsgruppen. Die Gesamtzahl der chinesischen Gewerkschaftsmitglieder beträgt 73.610.000 - davon sind 9,3 Mio. "Gewerkschaftsaktivisten" und 256.000 Gewerkschaftsfunktionäre (RMRB, 26.9.83; XNA, 12.10.83).

Zur Zeit unterhält der Nationale Gewerkschaftsverband Chinas Beziehungen zu Gewerkschaftsverbänden in 120 Ländern. Die in den sechziger Jahren abgebrochenen Beziehungen zu den osteuropäischen Gewerkschaften will der chinesische Gewerkschaftsverband wieder aufleben lassen. Erste Kontakte in dieser Richtung gab es 1982 zum ungarischen Gewerkschaftsverband (AFP, 18.10.83, nach: MD, 20.10.83).

-sch-

## (10)

### Einrichtung von Rechnungshöfen bis zur Kreisebene

Nach der Einrichtung des Rechnungshofs beim Staatsrat (Zentralregierung) im Juni 1983 ist nun auch mit der Errichtung von Rechnungshöfen bei den Provinz- und Lokalregierungen begonnen worden. Angaben des Staatsrats zufolge haben bereits 24 Regierungen auf Provinzebene, 83 auf Bezirksebene und 290 Kreisregierungen Rechnungshöfe zur Wirtschaft- und Finanzkontrolle eingerichtet. (RMRB, 15.10.83)

-sch-

## (11)

### Staatsorgan für die Prüfung von Wirtschaftsverwaltungskadern

Das "Zentrale Komitee für die Leitung der Prüfung von Wirtschaftsverwaltungskadern" (jingji guanli ganbu guojia kaoshi zhidao weiyuanhui) wurde am 19.Oktober 1983 mit Genehmigung des Staatsrats ins Leben gerufen. Hauptaufgabe des Komitees ist die Erarbeitung von einheitlichen Prüfungsmethoden und Bewertungskriterien von Wirtschaftsverwaltungskadern. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde Zhang Jingfu ernannt, der bereits Vorsitzender der Zentralen Wirtschaftskommission und Staatsratskommissar ist. Seine Stellvertreter sind Yuan Baohua (stellv. Vors. d. Zentralen Wirtschaftskommission), Lü Feng (stellv. Direktor der ZK-Organisationsabteilung), He Guang (stellv. Minister für Erziehung), Liu Guoguang (Vizepräsident der Akademie der Sozialwissenschaften) und Zhang Yanning (stellv. Vors. d. Zentralen Wirtschaftskommission). Außerdem gehören dem Komitee weitere 28 Mitglieder an (RMRB, 20.10.83; Xinhua, 19.10.83, nach: SWB, 27.10.83).

-sch-

## (12)

### Die Stellung der Banken innerhalb des Staatsapparates

Von dem Beschluß des Staatsrats, die Chinesische Volksbank nur noch mit den Aufgaben einer Zentralbank zu betrauen (siehe die Übersicht "Volksbank wird Chinas Zentralbank"), bleibt die Rechtsstellung der geldwirtschaftlichen Institutionen unberührt: Alle Banken bleiben Staatsorgane, die der Zentralregierung unterstellt sind. Dabei nimmt die Chinesische Volksbank als staatliches Organ im Range eines Ministeriums seit langem eine Sonderrolle ein. Die neu gegründete Chinesische Industrie- und Handelsbank sowie die Chinesische Landwirtschaftsbank, die Chinesische Bank, die Chinesische Volksaufbaubank und die Chinesi-

sche Volksversicherungsgesellschaft sind z.T. nach einjähriger Pause nun wieder direkt dem Staatsrat unterstehende Wirtschaftseinheiten im Range eines staatlichen Amtes (ju), wie z.B. das Staatliche Amt für Devisenkontrolle, das ebenfalls wieder zu einem direkt dem Staatsrat unterstehenden Organ avancierte, nachdem es zusammen mit der Chinesischen Landwirtschaftsbank und der Chinesischen Volksaufbaubank im August 1982 den Status eines direkt dem Staatsrat unterstehenden selbständigen Organs verloren hatte (siehe C.a., August 1982, Ü 5). Die vier "Spezialbanken" und die beiden anderen geldwirtschaftlichen Institutionen, die Chinesische Volksversicherungsgesellschaft und das Staatliche Amt für Devisenkontrolle, unterstehen sowohl dem Staatsrat als auch der Chinesischen Volksbank bzw. sind an die Beschlüsse ihres Vorstandes gebunden (RMRB, 29.9.83).

-sch-

### (13) Weitere Hinrichtungen von Schwerverbrechern

Die Zahl der von Auslandskorrespondenten und chinesischen Massenmedien gemeldeten Hinrichtungen von Schwerverbrechern hat sich bis Ende Oktober 1983 auf insgesamt über 700 erhöht (FAZ, 26.10.83; Tianjin Ribao, 25.9.83, nach: SWB, 27.10.83; G.Kaminski, in: CHINA REPORT, Nr.71/1983, S.8; vgl. P.Schier, "Die Kampagne zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität, in: C.a., September 1983, S.561-565). Die wahre Zahl der vollstreckten Todesurteile dürfte jedoch wesentlich höher liegen. Die Hongkonger Zeitschrift Zhengming spricht in ihrer November-Ausgabe von 7.000 bis 8.000 Hingerichteten und von ca. 300.000 Verhaftungen allein bis Mitte September 1983 (ebd., S.49). Nach Angaben der gleichen Zeitschrift machen Funktionärskinder sowohl unter den Verhafteten als auch unter den Hingerichteten einen relativ großen Prozentsatz aus (ebd., S.51). Unter den Hingerichteten soll sich sogar ein Enkel von Marschall Zhu De, einem der Mitbegründer der chinesischen Roten Armee, befinden (JT, 12.10.83).

In einem am 18. Oktober 1983 veröffentlichten Brief an den chinesischen Staatspräsidenten Li Xian-nian richtete die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international (ai) einen dringenden Appell an die chinesische Führung, die Massenhinrichtungen zu beenden. Die international anerkannte Menschenrechtsorganisation, die die Todesstrafe grundsätzlich ab-

lehnt, bezeichnete in ihrem Schreiben die Abschreckungswirkung von Hinrichtungen als nicht größer als von anderen Strafarten auch. Erwartungsgemäß wies die chinesische Führung den ai-Appell zurück. Ein Sprecher des Außenministeriums bezeichnete die Hinrichtungen als "normale Maßnahme und Routinearbeit" bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (AFP, 2.11.83, nach: MD, 3.11.83).

-sch-

### (14) Sympathisant der Demokratischen Bewegung zu 10 Jahren Haft verurteilt

Der 30jährige Hongkonger Bürger Liu Shanqing ist im Februar 1983 in Guangzhou wegen angeblicher "konterrevolutionärer Verbrechen" zu 10 Jahren Haft und dem Entzug der politischen Rechte für weitere 3 Jahre verurteilt worden. Dies gab der Mittlere Volksgerichtshof der Stadt Guangzhou Anfang September 1983 in einem Schreiben an den Studentenverband der Chinese University in Hong Kong bekannt (nach: Zhengming, Oktober 1983, S.43-45).

Der frühere Student der Hongkonger Chinese University, Liu Shanqing, war bereits Ende 1981 in Guangzhou verhaftet worden, als er versucht hatte, mit den Familienangehörigen des am 20. April 1981 verhafteten Bürgerrechtlers Wang Xizhe Kontakt aufzunehmen. Liu Shanqing war ein Sympathisant der Demokratischen Bewegung in der Volksrepublik China und war am 25. Dezember 1981 nach Guangzhou gereist, um sich über das nähere Schicksal von Wang Xizhe zu erkundigen. Zwischen seiner Verhaftung und Verurteilung lag eine Untersuchungshaft von mehr als 13 Monaten - dies sind 10 Monate mehr als die in der Strafprozeßordnung vorgesehene Höchstdauer von 3 Monaten (s. Art.92 der Strafprozeßordnung der Volksrepublik China, in: C.a., Sept. 1979, S.989). Darüber hinaus bestehen nach Darstellung der Hongkonger Zeitschrift Zhengming erhebliche Zweifel am Wahrheitsgehalt der gegen Liu erhobenen Anklagepunkte ("böartige Angriffe auf unser sozialistisches System und die Diktatur des Proletariats", "umfangreiche konterrevolutionäre Propaganda" u.a. "mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats und das sozialistische System zu stürzen").

-sch-

### (15) Dürfen Sicherheitsbehörden künftig keine Arbeitslagerhaft mehr verhängen?

Die französische Nachrichtenagentur AFP meldete am 21. Oktober 1983, daß die chinesischen Sicherheitsbehörden in Zukunft keine Personen mehr mit "Umerziehung durch Arbeit" (laodong jiaoyang) auf administrativem Weg bestrafen dürfen. AFP zufolge soll die Einweisung in Arbeitslager künftig nur auf Gerichtsbeschluß erfolgen können. In dieser Meldung bezog sich AFP auf eine von der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua verbreitete Erklärung des stellvertretenden Justizministers Zhu Jianming vom 20. Oktober 1983. Eine derartige Xinhua-Meldung wurde jedoch weder von der "Volkszeitung" noch von der "Chinesischen Rechtszeitung" (Zhongguo Fazhi Bao) veröffentlicht. XNA brachte am 22. Oktober eine Xinhua-Meldung vom 20.10. über ein Treffen zwischen dem stellvertretenden chinesischen Justizminister Zhu Jianming und dem thailändischen Justizminister. Aus dieser Meldung geht jedoch lediglich hervor, daß die chinesischen Gefängnisse und Arbeitslager seit August dieses Jahres nicht mehr den Sicherheitsbehörden, sondern den Justizbehörden unterstehen (vgl. XNA, 23.8.83). Dies bedeutet freilich nicht, daß die chinesischen Sicherheitsbehörden keine Arbeitslagerhaft mehr verhängen dürfen. Insofern wird es sich bei der AFP-Meldung vom 20. Oktober dieses Jahres wahrscheinlich um eine Falschmeldung handeln.

-sch-

### (16) Helfer von Flugzeug- entführern verurteilt

Drei Komplizen der sechs Luftpiraten, die am 5. Mai 1983 ein chinesisches Verkehrsflugzeug nach Südkorea entführt hatten, wurden am 17. Oktober 1983 von einem Gericht in Shenyang zu hohen Haftstrafen verurteilt. Gegen einen 22jährigen Arbeiter wurde die Todesstrafe mit einem 2jährigen Vollstreckungsaufschub verhängt. Die beiden anderen Angeklagten im Alter von 26 und 28 Jahren erhielten jeweils eine lebenslange Haftstrafe (RMRB, 18.10.83; siehe auch C.a., Mai 1983, Ü 6).

-sch-

### (17) Über 40 Mio. Exemplare der "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping"

Die Gesamtauflage der "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" erreichte im Oktober 1983 über 40 Mio. Exemplare. Diese Zahl gab das ZK-Organ "Volkszei-

tung" am 10. Oktober 1983 in einem Leitartikel über das Studium der Deng-Werke bekannt. Die Parteizeitung forderte erneut zum Studium der "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" auf, da dies eine wichtige ideologische Vorbereitung auf die "umfassende Ausrichtung" der Kommunistischen Partei Chinas sei. Der Kommentator der "Volkszeitung" betonte, daß die Schriften Dengs "von größter Bedeutung für die Stärkung der ideologischen Einheit der gesamten Partei" seien.

Die "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" waren am 1. Juli 1983 in einer Erstaufgabe von 12,2 Mio. Exemplaren erschienen (s. C.a., Juli 1983, Ü 7). Seitdem werden die Deng-Schriften von den Führungsorganen der KPCh, der Armee und der Massenorganisationen als richtunggebend für den nachmaoistischen Kurs propagiert. Wie früher die "Ausgewählten Werke" von Mao Zedong, so werden heute die von Deng Xiaoping als alleingültiger Polit-Kanon angepriesen. Funktionäre, Parteimitglieder, Angehörige der Armee, Gewerkschaftler, Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands u.a. sind von der Parteizentrale aufgefordert worden, die "Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping" intensiv zu studieren. Selbst in die Universitäten hat das politische Studium wieder Eingang gehalten - statt der Werke Maos müssen die Studenten nun die Schriften Dengs büffeln.  
-sch-

## KULTUR

### (18)

#### Fachschule für tibetische Medizin

In Tibet wurde jetzt die erste Fachschule für tibetische Medizin eingerichtet. Es handelt sich um eine Schule auf Sekundarebene, die ihren Sitz in Lhasa hat und dazu bestimmt ist, Ärzte für tibetische Medizin auszubilden. Die ersten vierzig Studenten, allesamt tibetischer Herkunft und zumeist vom Lande stammend, sind bereits aufgenommen worden. Sie müssen ein vierjähriges Studium absolvieren, wodurch sie die Qualifikation von Ärzten erreichen, die es ihnen erlaubt, in Tibet eingesetzt zu werden (RMRB, 15.10.83).

Die Tibeter bemühen sich seit einigen Jahren um die Wiederbelebung der tibetischen Medizin, die eine Tradition von über zweitausend Jahren haben soll, davon eintausenddreihundert Jahre schriftlich niedergelegt (XNA,

14.6.83). In Tibet, aber auch in Qinghai und anderen Gebieten, wo Tibeter leben, gibt es eine Reihe von Krankenhäusern, in denen tibetische Medizin praktiziert wird. Auch zahlreiche pharmazeutische Fabriken wurden in Tibet gegründet, die spezielle tibetische Arzneien herstellen.  
-st-

### (19)

#### Örtliche Tageshochschulen

Wie kürzlich vom Erziehungsministerium verlautete, gibt es in China zur Zeit gut vierzig Tageshochschulen auf lokaler Ebene, an denen über 15.000 Studenten studieren (XNA, 24.9.83). Diese Hochschulen bieten zwei- bis dreijährige Studiengänge an, die nach den örtlichen Bedürfnissen ausgerichtet sind. Sie unterstehen weder der Zentrale noch den Provinzen, sondern werden unterhalb der Provinzebene betrieben. Somit zählen sie zu den nichtregulären Hochschulen, zumal auch die Studenten nicht - wie sonst üblich - in Studentenheimen wohnen, sondern nur tagsüber die Hochschule besuchen, ansonsten aber zu Hause leben. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal gegenüber den regulären Hochschulen ist, daß die örtlichen Tageshochschulen Studiengebühren erheben. Von seiten der Regierung wird die Errichtung lokal betriebener Hochschulen als Ergänzung zu regulären Hochschulen unterstützt, weil auf diese Weise mehr Studienbewerber ausgebildet werden können, und zwar zu niedrigeren Kosten. Nach Berechnungen der Provinzregierung in Liaoning kostet die Ausbildung eines Tagesstudenten nur 500 Yuan gegenüber 1500 oder 2000 Yuan, die für einen Studenten an einer regulären Hochschule aufgebracht werden müssen (XNA, 24.9.83). Der Lehrkörper an den Tageshochschulen setzt sich zu einem Teil aus vollamtlichen Lehrkräften, zum anderen aus Gastdozenten zusammen, die von regulären Hochschulen geholt werden. Die finanziellen Mittel zur Einrichtung von Tageshochschulen werden von den jeweiligen örtlichen Behörden aufgebracht. In einigen Fällen stehen auch zusätzliche Mittel zur Verfügung: So hat beispielsweise eine Hochschule in Changsha ein zinsfreies Darlehen von der Weltbank erhalten (ebd.).  
-st-

### (20)

#### Lehrerausbildung

Kürzlich widmete sich die Guangming-Zeitung in einem halbseitigen Kommentar dem Problem der Lehrerausbildung, die als Schlüsselproblem bei der Einführung der

allgemeinen Schulpflicht gesehen wird (vgl. GMRB, 21.10.83). Bei dem Ziel, innerhalb der achtziger Jahre die allgemeine Grundschulbildung einzuführen, gebe es viele Probleme, schreibt die Zeitung, aber das gegenwärtig dringlichste Problem sei die Ausbildung von Lehrern. Noch immer lasse der Grundschulbesuch zu wünschen übrig: Im nationalen Durchschnitt, so heißt es, besuchten etwa 90 Prozent Kinder im Schulalter die Grundschule, doch nur 60 Prozent von ihnen besuchten die Grundschule mehrere Jahre, und nur 30 Prozent schlossen sie mit einem entsprechenden Abschluß ab. Einer der wichtigsten Gründe hierfür sei das niedrige Niveau der Lehrkräfte. Hinzu komme der Mangel an Grundschullehrern, der u.a. darauf zurückzuführen sei, daß in der Vergangenheit viele Lehrer von den Grundschulen abgezogen und in Mittelschulen eingesetzt worden seien. Von den insgesamt über 8 Millionen Grund- und Mittelschullehrern sei etwa ein Drittel nicht ausreichend qualifiziert. Unter diesen Umständen sei die Einführung der allgemeinen Schulbildung noch lange nicht zu erreichen. Wenn die Lehrerausbildung nicht unbedingte Priorität erhalte, könnte folgende Lage entstehen: Nach außen würde zwar die Rate der Kinder im Schulalter, die die Schule besuchten, steigen und der Grundschulbesuch zunehmen, doch das Niveau würde sehr niedrig sein. Dies könnte sich sogar dahingehend auswirken, daß in den neunziger Jahren und besonders gegen Ende des Jahrhunderts das Problem des Analphabetentums immer noch nicht gelöst sein würde, ja daß es dann wieder neue Analphabeten geben würde. Wolle man aber das Niveau der Schulabgänger erhöhen, müsse zuerst das Niveau der Lehrer erhöht werden. Das Blatt warnt davor, den allgemeinen Grundschulbesuch zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu forcieren. Statt dessen sei es besser, das Tempo in den nächsten zwei bis drei Jahren zu verlangsamen und zunächst einmal die Lehrerausbildung in den Griff zu bekommen. Bei den Ausgaben für Erziehungswesen müßten deshalb auch zuallererst die Ausgaben für die Lehrerbildung sichergestellt sein. Gleichzeitig sei der Bau von neuen Lehrerausbildungsstätten erforderlich, und zwar planmäßig für jeden Kreis. Innerhalb weniger Jahre müsse erreicht werden, daß alle Grundschullehrer den Abschluß einer Lehrerausbildungsstätte auf Sekundarschulebene haben, Mittelschullehrer für die untere Mittelschule den Abschluß einer Fachhochschule und für die